

H A U P T S A T Z U N G**der Stadt Geislingen an der Steige****Inhaltsverzeichnis**

Abschnitt I	Verfassung und Verwaltung	
	Verfassung und Verwaltung der Gemeinde	§ 1
Abschnitt II	Gemeinderat, Ältestenrat und Ausschüsse	
	Zuständigkeit des Gemeinderats	§ 2
	Ältestenrat	§ 2a
	Bildung und Zusammensetzung beschließender Ausschüsse	§ 3
	Allgemeine Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse	§ 4
	Geschäftsbereiche der beschließenden Ausschüsse	§ 5
Abschnitt III	Stellvertreter des Oberbürgermeisters	§ 6
Abschnitt IV	Zuständigkeit der Organe	§ 7
Abschnitt V	Ortschaftsverfassung, Bezirksverfassung	
	Einrichtung von Ortschaften	§ 8
	Zusammensetzung der Ortschaftsräte	§ 9
	Zuständigkeit der Ortschaftsräte	§ 10
	Ortsvorsteher	§ 11
	Örtliche Verwaltung	§ 12
Abschnitt VI	Übergangs- und Schlussbestimmungen	
	Inkrafttreten	§ 13

Hauptsatzung**vom 27. März 1996**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der derzeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat **am 01.10.2025** folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 27.03.1996, zuletzt geändert am 04.11.2020 beschlossen:

Abschnitt I**Verfassung und Verwaltung****§ 1****Verfassung und Verwaltung der Gemeinde**

- (1) Verwaltungsorgane der Stadt sind der Gemeinderat und der Oberbürgermeister.
- (2) Für die Zahl der Gemeinderäte ist die nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe nach § 25 Abs. 2 GemO maßgebend.
- (3) In den Stadtbezirken Türkheim, Stötten, Waldhausen, Eybach, Aufhausen und im Stadtbezirk Weiler o. H. gilt die Ortschaftsverfassung.

Abschnitt II**Gemeinderat, Ältestenrat und Ausschüsse****§ 2****Zuständigkeit des Gemeinderats**

- (1) Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten, soweit diese nicht einem beschließenden Ausschuss, einem Ortschaftsrat oder dem Oberbürgermeister übertragen sind oder ihm kraft Gesetzes zukommen.
 - (2) Der Gemeinderat kann den beschließenden Ausschüssen allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen und noch nicht vollzogene Beschlüsse ändern oder aufheben.
 - (3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist und die von dem zuständigen beschließenden Ausschuss nicht vorberaten worden sind, müssen diesem auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderats zur Vorberatung überwiesen werden.
- (4) Abs. 2 findet auf den Umlegungsausschuss keine Anwendung.

- (5) Nach Entscheidung des jeweiligen Vorsitzenden können unter den in § 37a GemO festgelegten Voraussetzungen Sitzungen des Gemeinderats, der Ausschüsse und sonstiger gemeinderätlicher Gremien sowie Sitzungen der Ortschaftsräte und Jugendvertretungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchgeführt werden.

§ 2a

Ältestenrat

Der Gemeinderat bildet einen Ältestenrat. Das Nähere über die Zusammensetzung, den Geschäftsgang und die Aufgaben des Ältestenrats regelt die Geschäftsordnung des Gemeinderats.

§ 3

Bildung und Zusammensetzung beschließender Ausschüsse

- (1) Es werden folgende beschließende Ausschüsse gebildet:

Verwaltungsausschuss
Technischer Ausschuss
Konzessionsausschuss

- (2) Den Ausschüssen gehören an:

Der Oberbürgermeister als Vorsitzender und

- a) dem Verwaltungsausschuss und dem Technischen Ausschuss jeweils 11 Mitglieder des Gemeinderats;
b) dem Konzessionsausschuss 17 Mitglieder des Gemeinderats;

- (3) Für die gewählten Mitglieder der beschließenden Ausschüsse nach Absatz 2a) und b) sind die nicht gewählten Mitglieder des Gemeinderats Verhinderungsstellvertreter, für den Konzessionsausschuss werden keine Stellvertreter bestellt.

§ 4

Allgemeine Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse

- (1) Die beschließenden Ausschüsse entscheiden im Rahmen ihres Geschäftskreises grundsätzlich selbständig anstelle des Gemeinderats. Sie beraten die Angelegenheiten ihres Geschäftskreises vor, für die der Gemeinderat zuständig ist.
- (2) Ein Viertel aller Mitglieder eines beschließenden Ausschusses kann eine Angelegenheit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten, wenn sie für die Stadt von besonderer Bedeutung ist.

- (3) Bestehen Zweifel, ob der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist, so ist die Zuständigkeit des Gemeinderats gegeben. Ist zweifelhaft, welcher Ausschuss zuständig ist, so ist die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses anzunehmen. Widersprechen sich die Beschlüsse von Ausschüssen, so hat der Oberbürgermeister den Vollzug der Beschlüsse auszusetzen und die Entscheidung des Gemeinderats herbeizuführen.
- (4) Soweit sich die Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse nach Wertgrenzen bestimmt, ist vom einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang auszugehen. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist unzulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbedarf.
- (5) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zur Sitzung des zuständigen Ausschusses oder des Gemeinderats aufgeschoben werden kann, kann der Oberbürgermeister einen in den Geschäftskreis eines beschließenden Ausschusses fallenden Gegenstand einem bereits einberufenen anderen beschließenden Ausschuss zur Beschlussfassung vorlegen. Die Gründe hierfür und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen.

§ 5

Geschäftsbereiche der beschließenden Ausschüsse

- (1) Der Verwaltungsausschuss ist für alle Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht einem anderen beschließenden Ausschuss übertragen sind.
Sein Geschäftskreis umfasst insbesondere folgende Aufgabengebiete:
1. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Organisation, Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts
 2. Personalangelegenheiten
 3. Finanz- und Haushaltswirtschaft, einschließlich Abgabewesen, Gebührenangelegenheiten
 4. Verwaltung der städtischen Liegenschaften einschließlich Waldbewirtschaftung, Jagd und Fischerei
 5. Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten
 6. Öffentliche Einrichtungen soweit nicht der Technische Ausschuss zuständig ist
 7. Wirtschaftsförderung
 8. Soziale Angelegenheiten
 9. Angelegenheiten der Jugendpflege und Seniorenfragen, Bürgerschaftliches Engagement
 10. Gesundheits- und Veterinärwesen, Zuchttierhaltung
 11. Marktwesen
 12. Schul- und Kindergartenangelegenheiten
 13. Wohnungsbauförderung
 14. Förderung der Vereine
 15. Angelegenheiten des Schul- und Vereinssports und der städtischen Sportanlagen
 16. kulturelle Angelegenheiten (insbesondere Volkshochschule, Musikschule, Stadtbücherei, Stadtarchiv, Heimatmuseum)
 17. Angelegenheiten des Stadmarketings und Tourismus

(2) Der Geschäftskreis des **Technischen Ausschusses** umfasst das gesamte Bauwesen (Städtebau und Stadtentwicklung, Baurecht, Immobilienmanagement und Tiefbau), insbesondere:

1. Bauplanungsrecht
2. Bauordnungsrecht
3. Immobilienmanagement und Tiefbau einschließlich Objektplanung, Vergabe von Arbeiten sowie Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben
4. Technische Betreuung der öffentlichen Einrichtungen (z. B. Straßen, Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Bauhof und Fuhrpark),
5. Feuerlöschwesen, Katastrophenschutz, Zivilschutz, Denkmalschutz, Naturschutz, Beitragswesen
6. Unterhaltung der städtischen Gebäude und Anlagen
7. Öffentlicher Verkehr mit öffentlichem Personennahverkehr
8. Park- und Gartenangelegenheiten
9. Landschaftspflege, Gewässerunterhaltung
10. Stadt- und Dorferneuerung
11. Benennung von Straßen

Der **Technische Ausschuss** ist zugleich Umlegungsausschuss nach den §§ 45 ff. BauGB und zuständig für die von der Umlegungsstelle zu treffenden Entscheidungen und für die technische Durchführung von Grenzregelungen nach den §§ 80 ff. BauGB.

Der **Technische Ausschuss** ist zugleich Betriebsausschuss nach § 7 Eigenbetriebsgesetz und für die ihm nach dem Eigenbetriebsgesetz und der jeweiligen Betriebssatzung obliegenden Aufgaben zuständig.

(3) Der Geschäftskreis des **Konzessionsausschusses** umfasst die Vergabe von Konzessionsverträgen, durch die die Stadt einem Energieversorgungsunternehmen oder einem Wasserversorgungsunternehmen die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Zwecke der Errichtung und des Betriebs entsprechender Versorgungsnetze zur Versorgung der Einwohner gestattet.

Abschnitt III

Stellvertreter des Oberbürgermeisters

§ 6

Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Aus der Mitte des Gemeinderats werden vier Stellvertreter des Oberbürgermeisters bestellt, die diesen im Falle seiner Verhinderung vertreten.

Abschnitt IV**Zuständigkeit der Organe****§ 7****Einzelne Zuständigkeiten der beschließenden
Ausschüsse und des Oberbürgermeisters**

(1) Folgende Angelegenheiten werden den beschließenden Ausschüssen im Rahmen ihres Geschäftsbereichs und dem Oberbürgermeister zur dauernden Erledigung übertragen:

1. Entscheidungen über die Ernennung, Einstellung und Entlassung von Gemeindebediensteten:
 - a) unterhalb der Ebene der Sachgebietsleitung OBM
 - b) ab der Ebene der Sachgebietsleitung, einschließlich Leitung der Einrichtungen der Stadt (insb. Stadtbücherei, Musikschule und VHS) bis unterhalb der Ebene der Fachbereichsleitung und Leitung des RPA Ausschuss
2. Aufstellung und Änderung der Schutz- und Dienstkleiderordnung OBM
3. Gewährung unverzinslicher Lohn- und Gehaltsvorschüsse nach Maßgabe der hierfür geltenden Richtlinien OBM
4. Gewährung von Arbeitgeber-Wohnungsbau-Darlehen im Rahmen der Richtlinien OBM
5. Zuziehung sachkundiger Einwohner und von Sachverständigen zu Beratungen einzelner Angelegenheiten des Gemeinderats und seiner Ausschüsse OBM bzw. Vors. des Gremiums
6. Bestellung von Bürgern zu kurzfristiger ehrenamtlicher Mitwirkung sowie Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt OBM
7. Vollzug des Haushaltsplans einschl. der Vergabe von Lieferungen und Leistungen mit Aufwendungen und Auszahlungen
 - a) bis 150.000 € im Einzelfall OBM
 - sowie ohne betragsmäßige Begrenzung für regelmäßig wiederkehrende Ausgaben für den laufenden Bedarf bei:
 - aa) Kauf von Lernmitteln für die Schulen
 - bb) Beschaffung von Baustoffen für den Straßen-, Feld- und Waldwegbau

- cc) Beschaffung von Heizstoffen
- b) über 150.000 € bis 500.000 € im Einzelfall Ausschuss
- c) die Genehmigung von Mehraufwendungen (außerplanmäßig) und höheren Auszahlungen bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen
- aa) bis zu 10 % der ursprünglichen Vergabesumme, höchstens jedoch bis zu 20.000 € OBM
- bb) von mehr als 10 % der ursprünglichen Vergabesumme höchstens jedoch bis zu 150.000 € Ausschuss
- d) Gewährung von Zuschüssen für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen von Sanierungsprogrammen
- aa) bis 20.000 € im Einzelfall OBM
- bb) über 20.000 € bis zu 250.000 € im Einzelfall Ausschuss
- e) Festsetzung der Dozentenhonorare bei der Volkshochschule und Verpflichtung der Theater- und Konzertveranstalter OBM
8. Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, Verwendung von Deckungsreserven und Übernahme von Verpflichtungen aufgrund von Verpflichtungsermächtigungen im Einzelfall
- a) bis 20.000 € OBM
- b) über 20.000 € bis 150.000 € Ausschuss
- c) wenn eine Deckung innerhalb der im Finanzhaushalt bereitgestellten Mittel der Gesamtmaßnahme (Vorhaben) möglich ist und ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats für die Teilmaßnahme vorliegt
- aa) bis 250.000 € OBM
- bb) über 250.000 € bis 500.000 € Ausschuss
9. Anlegung des Geldvermögens (Kassenbestände, Rücklagen, und ähnliches) OBM
10. Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen
- a) bis 10.000 € OBM
- b) über 10.000 € bis 30.000 € Ausschuss
11. Stundungen

- a) in unbeschränkter Höhe bis zu sechs Monaten OBM
 - b) bis zu vier Jahren und bis zu einem Höchstbetrag von 50.000 € OBM
12. Kredite, Bürgschaften u. ä.
- a) Aufnahme von Kassenkrediten und Kreditaufnahmen im Rahmen der Höchstbeträge der Haushaltssatzung OBM
 - b) Übernahme von Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen und Abschluss der diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte bis 100.000 € Ausschuss
 - c) abweichend von Buchstabe b) Übernahme von Bürgschaften für den Wohnungsbau nach den gesetzlichen Bestimmungen
 - aa) bis 150.000 € im Einzelfall OBM
 - bb) im Übrigen unbegrenzt Ausschuss
13. Verkauf von beweglichem Vermögen im Einzelfall
- a) bis 40.000 € Restbuchwert, Holz aus städt. Waldbesitz unbeschränkt OBM
 - b) über 40.000 € bis 250.000 € Restbuchwert Ausschuss
14. Erwerb und Tausch, Veräußerung einschließlich Festsetzung der Zahlungstermine und dingliche Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten und Rangrücktrittsbewilligungen einschl. Ausübung des Vorkaufsrechts
- a) bis 60.000 € Verkehrswert OBM
 - b) über 60.000 € bis 500.000 € Verkehrswert Ausschuss
 - c) soweit bei der Veräußerung eines Grundstücks nur eine Bewerbung vorhanden ist OBM
 - d) Verzicht auf die Ausübung des Wiederkaufrechts OBM
15. Abschluss und Aufhebung von Verträgen über die Nutzung von
- a) bebauten und unbebauten Grundstücken bis zu einem monatlichen Miet- oder Pachtwert
 - aa) bis 5.000 € OBM
 - bb) über 5.000 € bis 10.000 € Ausschuss

- b) beweglichem Vermögen bis zu einem monatlichen Mietwert
bzw. Leasingbetrag
- aa) bis 5.000 € OBM
- bb) über 5.000 € bis 10.000 € Ausschuss
16. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von
Vergleichen im Einzelfall
- a) bei einem Streitwert
- aa) bis 30.000 € OBM
- bb) über 30.000 € bis 100.000 € Ausschuss
- b) bei einem Vergleich bis zu einem Zugeständnis
- aa) bis 5.000 € OBM
- bb) über 5.000 € bis 20.000 € Ausschuss
- c) Führung von Rechtsstreitigkeiten in Abgabenangelegenheiten,
soweit die Stadt Abgabengläubigerin ist, ohne betragsmäßige
Begrenzung OBM
17. Beitritt zu Vereinen, Verbänden und Organisationen
sowie Austritt aus ihnen bei einem jährlichen Mitgliedsbeitrag
im Einzelfall
- a) bis 500 € OBM
- b) über 500 € bis 5.000 € Ausschuss
18. Freiwilligkeitsleistungen
(soweit im Haushaltsplan nicht besonders ausgewiesen)
- a) bis 5.000 € OBM
- b) über 5.000 € bis 50.000 € Ausschuss
19. Freiwilligkeitsleistungen nach den Sportförderungsrichtlinien
- a) bis 10.000 € OBM
- b) über 10.000 € bis 50.000 € Ausschuss
20. Annahme und Verwendung von Stiftungen, Spenden
und Schenkungen unter Auflagen Ausschuss
21. Zulassung von Ausnahmen und Befreiungen gem. § 31 BauGB OBM
22. Zulassung bzw. Erklärung des Einvernehmens bei

Vorhaben nach §§ 33, 34 und 35 BauGB	OBM
23. Beschlussfassung über die Aufstellung von Bebauungsplänen nach § 2 Abs. 1 BauGB sowie die Aufstellung von örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO	Ausschuss
24. Ausgestaltung des städtischen Amtsblatts	OBM
25. Vergabe von Konzessionsverträgen, durch die die Stadt einem Energieversorgungsunternehmen oder einem Wasserversorgungsunternehmen die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Zwecke der Einrichtung und des Betriebs entsprechender Versorgungsnetze zur Versorgung der Einwohner gestattet	Ausschuss
26. Angelegenheiten, die wegen ihrer allgemeinen und grundsätzlichen Bedeutung vom Oberbürgermeister dem Ausschuss vorgelegt werden	Ausschuss
(2) Soweit sich Zuständigkeiten dieser Satzung nach Wertgrenzen richten, sind die Werte ohne Umsatzsteuer maßgebend.	
(3) Der Oberbürgermeister kann die ihm übertragenen Befugnisse auf Beamte, Arbeitnehmer und Schulleiter übertragen.	

Abschnitt V

Ortschaftsverfassung, Bezirksverfassung

§ 8

Einrichtung von Ortschaften

- (1) In folgenden Stadtbezirken wird je eine Ortschaft eingerichtet:
 1. Geislingen an der Steige - Türkheim
 2. Geislingen an der Steige - Stötten
 3. Geislingen an der Steige - Waldhausen
 4. Geislingen an der Steige - Eybach
 5. Geislingen an der Steige - Aufhausen
 6. Geislingen an der Steige - Weiler o. H.
- (2) Die Markungen der früheren selbständigen Gemeinden bilden die Grenzen dieser Ortschaften.

§ 9

Zusammensetzung der Ortschaftsräte

Der Ortschaftsrat besteht in

Geislingen an der Steige - Türkheim	aus 9 Mitgl.
Geislingen an der Steige - Stötten	aus 7 Mitgl.
Geislingen an der Steige - Waldhausen	aus 7 Mitgl.
Geislingen an der Steige - Eybach	aus 11 Mitgl.
Geislingen an der Steige - Aufhausen	aus 9 Mitgl.
Geislingen an der Steige - Weiler o. H.	aus 7 Mitgl.

§ 10

Zuständigkeit der Ortschaftsräte

- (1) Der Ortschaftsrat der einzelnen Stadtbezirke ist zu wichtigen Angelegenheiten, die den jeweiligen Stadtbezirk betreffen, zu hören. Dies gilt insbesondere für alle Angelegenheiten des Gewerbes und Handels, der Bauleitplanung und der Bodenordnung und in den Stadtbezirken Türkheim, Stötten, Waldhausen, Aufhausen und Weiler in Angelegenheiten der Landwirtschaft. Er hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die jeweilige Ortschaft betreffen.
- (2) Die nicht einer Jagdgenossenschaft zugehörigen städtischen Flächen werden im Einvernehmen mit dem zuständigen Ortschaftsrat verpachtet. Für die einer Jagdgenossenschaft zugehörigen Flächen übernimmt der jeweilige Ortsvorsteher die Vertretung der Stadt in der Jagdgenossenschaft.
- (3) Die Ortsvorsteher entscheiden für den Bereich ihres Stadtbezirks über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit unaufschiebbaren Reparaturen. Bei kleineren, nicht dringend notwendigen Reparaturen entscheiden die Ortsvorsteher eigenständig bis zu einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 1.500 € jährlich, wobei ein Einzelauftrag 300 € nicht überschreiten darf.
- (4) Die Ortschaftsräte entscheiden im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel über die Planung von Vorhaben im jeweiligen Stadtbezirk und die Vergabe von Lieferungen und Leistungen ohne betragsmäßige Begrenzung an Stelle des Gemeinderats bzw. des Ausschusses.

Dies gilt insbesondere bei der Verwaltung und dem Betrieb der öffentlichen Einrichtungen im jeweiligen Stadtbezirk, der gemeindeeigenen Waldungen und der städtischen Grundstücke und Gebäude, sowie beim Bau und der Unterhaltung der Feld- und Waldwege.

Die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters nach § 7 bleibt hiervon unberührt.

- (5) Absatz 4 gilt nicht für vorlage- und genehmigungspflichtige Beschlüsse und alle Angelegenheiten, die der Gemeinderat nicht auf beschließende Ausschüsse übertragen kann (§ 39 Abs. 2 GemO).

§ 11

Ortsvorsteher

- (1) Die Ortsvorsteher sind Ehrenbeamte auf Zeit.
- (2) Die Ortsvorsteher können an den Beratungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen (§ 71 Abs. 4 GemO)

§ 12

Örtliche Verwaltung

In den Ortschaften nach § 8 wird je eine örtliche Verwaltung eingerichtet, die die Aufgabe einer Geschäftsstelle des Bürgermeisteramts wahrnimmt: Die Leitung wird vom Ortsvorsteher wahrgenommen.

Abschnitt VI

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 13

Inkrafttreten

Die Satzung zur 14. Änderung der Hauptsatzung tritt am 08.10.2025 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Hauptsatzung vom 27.03.1996 in der Fassung vom 04.11.2020 außer Kraft.

Geislingen an der Steige, 02.10.2025

gez.
Ignazio Ceffalia
Oberbürgermeister